

Gesellschaft



«Tanz dich frei», heisst das Motto: Tausende junge Leute bewegen sich, von Musikwagen begleitet, an einem unbewilligten Anlass durch die Innenstadt von Bern. (Samstag, 2. Juni 2012)

Party aus Protest

Zehntausende ziehen jedes Wochenende in die Schweizer Städte, um zu feiern. Das Klub-Angebot wächst ungebrochen, Grossveranstaltungen und illegale Partys mehren sich. Und dennoch klagen Junge über Einschränkungen und demonstrieren für mehr Freiräume. Was ist los in den Städten? Von Michael Furger, Francesco Benini und Joel Bedetti

Alexander Tschäppät versucht zu verstehen. Er versucht zu verstehen, was am letzten Samstag in seiner gemütlichen kleinen Stadt passiert ist. Weshalb 10 000 vor allem junge Menschen auf die Strassen von Bern gegangen sind, bis in die Früh gefeiert und ihre Frustration über die Jugend- und Kulturpolitik vorgetragen haben.

Wegen dieser Menschen muss er, der Stadtpräsident, am Dienstag in der TV-Sendung «Club» sitzen und sich anhören, dass es brodeln in seiner Stadt. Er versucht es zu verstehen, aber es gelingt ihm nicht. Tschäppät redet von Spielregeln, welche die Jungen einzuhalten hätten, und davon, dass sie halt die Gesetze ändern müssten, wenn sie damit nicht einverstanden seien. Er sagt, man dürfe nicht der Politik die Schuld geben, wenn einem etwas nicht passe. Und er sagt, dass die Jungen politisch ohnehin nichts bewegen und für ihre Vorschläge kaum eine Mehrheit fänden. Die Jungen in der Runde schütteln nur den Kopf.

Das Einzige, was Alexander Tschäppät zu verstehen scheint, ist, dass er ein Problem hat. Im Herbst sind Wahlen. Der Sozialdemokrat möchte als Stadtpräsident bestätigt werden, aber die Jungen und die Kulturszene, viele klassische sozialdemokratische Wähler, sind unzufrieden. Nächste Kundgebungen sind angekündigt. Es könnte ein harter Sommer werden für ihn. Das macht ihn sauer. Man sieht es ihm an.

Ist es wirklich so schwierig zu verstehen? In Bern gehen 10 000 Menschen auf die Strasse, in Basel feiern 1000 eine illegale Party in einer leerstehenden Fabrik. Im Mai gab es eine Demonstration in Chur. Letzten Herbst kam es zu Kundgebungen – mit Ausschreitungen – in Zürich. Die Botschaft war immer dieselbe. Die junge Generation – Teenager bis Leute Ende 20 – will Freiräume. Freiräume für Party, Konzerte, Kultur.

Diese Forderung ist nicht neu. Schon frühere Generationen stellten sie auf. In den achtziger Jahren etwa waren es

die Alternativen. Jede junge Generation versteht ihr Anliegen als politisch, obwohl damals wie heute nicht jeder Demo-Teilnehmer ein politischer Beweger war. Und jeder Generation wird die Berechtigung dieser politischen Anliegen abgesprochen. Was will die Jugend denn für Freiräume?, heisst es heute. Es habe doch noch nie so viele Party-Angebote gegeben wie jetzt.

Genau um diese Angebote gehe es vielen Jungen eben nicht, weiss Sara Landolt. Sie ist Sozialgeografin an der Universität Zürich und erforscht unter anderem das Verhalten der Jungen im Ausgang. «Jugendliche brauchen Räume, wo sie sich selbst sein können.» Zwar habe sich die Partyszene extrem ausgeweitet, Vorschriften wurden teilweise gelockert. Aber das betreffe eben nur die Kommerz-Ebene. Diese «Nightlife-Economy», wie Landolt sie nennt, sei nur zum Teil gemeint, wenn von Freiräumen die Rede sei. Junge Menschen wollten auch unkontrolliert und unkommerzialisiert feiern – ohne Türsteher, ohne Polizeikontrollen, ohne hohe Getränke- und Eintrittspreise und ohne Bewachung durch patrouillierende Präventionstruppen. «Die Frage ist: Will man konsumieren oder selbst gestalten. Wenn man selbst gestalten will, wird es schwierig.»

Pickelharte Gewerbe Polizei
Genau das war ein Zündfunke, der zur Kundgebung am letzten Samstag geführt hat. Das alternative Kulturzentrum Reitschule bietet einen der wenigen Freiräume der Stadt. Der Vorplatz der Reitschule gleich neben dem Bahnhof wird am Wochenende zum Treffpunkt von 500 bis 1000 Personen. Es kostet nichts, dort zu sein. Die Getränke an der Bar sind nicht überteuert.

Die Abendzüge nach Zürich sind jeweils voll. Aus Süddeutschland fahren Reisecars mit Partygästen vor.

Das Haus und sein Betrieb werden autonom geführt. Doch diesen Mai verfügte der Berner Regierungssatthalter, die Bar auf dem Vorplatz sei um 0 Uhr 30 zu schliessen und die Besucher seien wegzuweisen. Die Zahl der Konzerte müsse stark reduziert werden.

Die Reitschule ist schon fast eine Berner Institution. Man muss nicht linksalternativ sein, um sich dort einzufinden. Entsprechend gross ist die Sympathie für das Kulturzentrum. Zum Streit über die Verfügung des Statthalter kam ein anderer Vorfall: Das Musiklokal Sous Soul in der Altstadt zermüht von einem dreijährigen Kampf gegen eine einzige Anwohnerin, die das Lokal mit Lärmklagen eindeckte. Die Stadt verweist auf das Bundesrecht, das solche Klagen bei «subjektivem Lärmempfinden» ermöglicht.

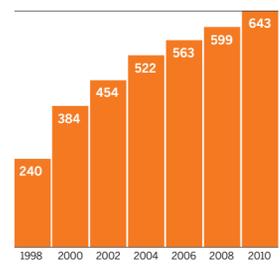
Das «Sous Soul» wurde von einem Verein junger Leute geführt, ohne kommerzielle Interessen. Kathrin Bertschy, heute Nationalrätin der Grünliberalen, war eine davon. Es gehe immer auch darum, sagt sie, wie Behörden das Recht auslegen. In der Unesco-geschützten Berner Altstadt sei die Gewerbezone pickelhart. Für Gäste, die nach 0 Uhr 30 noch vor dem Lokal stünden, um das Bier auszutrinken, zahlten Lokale mehrere hunderte Franken Bussen. Lärmklagen zögen sich über Jahre hin. «Wenn diese harte Gangart weitergeht», sagt Bertschy, «dann werden die Betreiber der Lokale und die Berner Künstler nach Zürich abwandern.» Sie und junge Politiker fast aller Parteien haben sich im Komitee Pro Nachtleben Bern organisiert. Ihre Idee ist, eine «urbane Wohnzone» zu definieren, wo auch das Nachtleben stattfinden soll. Wer hier wohnen wolle, solle toleranter sein. Die Berner Stadtregierung hat seit zwei Jahren den Auftrag, ein Nachtleben-Konzept auszuarbeiten. «Sie verschleppt die Sache», sagt Bertschy. Das Problem drängt. Jedes Wochenende strömen rund 10 000 Menschen aus den Vororten in die Hauptstadt. Fast alle versammeln sich in der kleinen Altstadt auf weniger als einem Quadratkilometer.

Nicht nur Bern, alle grossen Schweizer Städte werden am Wochenende vom Partyvolk gestürmt. In Lausanne sollen es pro Wochenende 30 000 sein, viele kommen aus Frankreich. In jüngster Zeit registrierte die Polizei gewalttätige Übergriffe. Am grössten sind die Massen in der Stadt Zürich. 648 Nachtlokale, also Betriebe mit verlängerter Polizeizeit, locken die Besucher an. Dazu mehren sich offenbar illegale Partys. Allein das Nachtnetz des Zürcher Verkehrsverbundes transportiert pro Nacht über 14 000 Personen. Doch die Partygäste kommen nicht nur aus den nahen Gemeinden, sondern aus der ganzen Deutschschweiz. Die Abendzüge nach Zürich sind voll. Und in Zürich West fahren Cars mit Partygästen aus Süddeutschland vor. «Die Masse in Zürich ist gigantisch», sagt der Stadtforscher Philipp Klaus vom Forschungsnetzwerk Inura.

Die Masse ist auch eine Folge der Reurbanisierung. Seit 15 Jahren ziehen vor allem junge, gebildete, kreative Leute wieder in die Städte. «Die links-grünen Stadtregierungen haben viel dazu beigetragen», sagt Klaus. Sie hätten den Innenstädten zu mehr Lebensqualität verholfen. Das sei eine bewusste Strategie, sagt Klaus. «Man will

Wachsende Klub-Szene

Betriebe mit verlängerter Polizeizeit in der Stadt Zürich



Das öffentliche Nachtleben von Jugendlichen in Lausanne macht den Behörden zu schaffen. (26. Mai 2012)



Illegale Party in Basel. (2. Juni 2012)



Kollektives Trinkfest, ein «Botellon», in Zürich. (29. August 2008)

Das Grossstadt-Feeling hat die Schweizer Städte erreicht. Mit allen positiven und negativen Folgen.

qualifizierte Arbeitskräfte anziehen. Und diese Leute wollen ein reiches Kultur- und Vergnügungsangebot.» So habe das Grossstadt-Feeling die Schweizer Städte erreicht – «mit allen positiven und negativen Folgen.» Laut dem Soziologen Jörg Rössel von der Universität Zürich vergrössert sich die Masse auch, weil mehr ältere Erwachsene in den Vergnügungsvierteln unterwegs sind. «Wer mit der Popkultur aufgewachsen ist, besucht noch heute Konzerte und Klubs.»

Party gegen «Schöner wohnen»
Mit der Ausbreitung des Nachtangebots schwinden Freiräume. Wie beansprucht Strassen und Plätze heute schon sind, zeigen die Gesuche für öffentliche Anlässe in der Stadt Zürich im Jahr 2011: Von 1277 Gesuchen bewilligte die Stadt 1082. Jede zweite Woche fand im Schnitt ein Grosseignis statt, jede Woche eine Demonstration, jeden Tag zwei Feste oder Eröffnungen. Solche Anlässe beanspruchen die öffentlichen Plätze. Für kommerzielle Open-air-Kinos und Strandbars werden Orte eingezäunt, wo man sich zuvor frei treffen konnte.

Immerhin attestieren Experten der Zürcher Stadtregierung, sie reagiere gut auf die Entwicklungen. Nachdem letzten Herbst an mehreren Wochenenden Junge auf die Strasse gegangen waren und Freiräume gefordert hatten, beschloss der Stadtrat, Partys von Jugendlichen auf öffentlichen Plätzen abseits von Wohngebieten in einem unkomplizierten Verfahren zu bewilligen. Wegen des schlechten Wetters sind bisher indes erst drei solche Partys mit jeweils einigen hundert Teilnehmern abgehalten worden. Die Veranstalter seien Leute, die früher illegale Partys gefeiert hätten, heisst es bei der Stadt. In Basel wird ein Areal beim Badischen Bahnhof, das bei den Jungen beliebt war, bald überbaut. Also fällt ein Ort weg, an dem diese gerne Feste feierten. Am vergangenen Samstag gab es dort eine illegale Party mit 1000 Besuchern; rund 30 von ihnen verhielten sich gewalttätig. Vor einem Jahr wurde bei der Besetzung des stillgelegten

Kinderspitals medizinisches Gerät zerstört. Den meisten Jungen geht es aber nicht um Zerstörung – sie wollen «Freiheit spüren ausserhalb der staatlichen Einflussnahme», wie Thomas Kessler sagt. Er leitet im Kanton Basel-Stadt die Abteilung für Kantons- und Stadtentwicklung und merkt an, dass es für die Jungen auf dem Gelände des Hafens neue Möglichkeiten geben werde. Die Ansprüche aller Bevölkerungsgruppen an den Staat seien hoch – er solle Freiräume zur Verfügung stellen. Wenn dann aber zum Beispiel nach Beschwerden über Lärm die Polizei Kontrollen durchführe, behage das einigen Jugendlichen nicht.

Kessler stellt unter den Jungen das Bedürfnis fest, in grösseren Gruppen zu feiern. Das erbege ein Festival-Gefühl, das vielen gefalle. Der Stadtentwickler betont, dass die Kulisse der Altstadt nicht für alle Aktivitäten ideal sei. In Basel versammelt man sich gerne am Rhein. «Es ist schön, am Rhein zu grillieren – aber man kann dort nicht um Mitternacht Gitarre spielen», meint Kessler. Die Wohnhäuser sind nur wenige Meter entfernt, also brauche es Rücksicht auf die Anwohner. «Mir scheint, dass unsere individualistisch geprägte Gesellschaft erst noch lernen muss, wie eine grosse Zahl von Menschen im öffentlichen Raum miteinander umgeht, ohne dass die Rechte der Einzelnen beschnitten werden.»

«Es ist die Auseinandersetzung zwischen Partyleben und dem «Schöner wohnen-Lebensstil», sagt Christian Pauli. Er ist Kommunikationschef der Hochschule der Künste und Präsident von «bekult», dem Verein der Berner Kulturveranstalter. Vor 30 Jahren war er bei den 80er Unruhen in Bern dabei, heute ist er 48 Jahre alt und sagt, die Demonstration erinnere an damals. Die Stadt sei am letzten Samstag unter Strom gestanden.

Gibt es denn dieses geforderte Recht auf Party? Ja, sagt Pauli. «Jede Generation hat das Recht, sich Gehör zu verschaffen und Raum für sich zu beanspruchen. Es ist geradezu die Aufgabe der Jugend, das zu tun – auch wenn es die Erwachsenen nicht verstehen.»

Junge machen Krach



Zürcher Jugendzentrum, um 1981.

Zürcher 80er Unruhen

Der Zürcher Stadtrat bewilligt 60 Millionen Franken für die Renovation des Opernhauses und weist die Forderung Junger nach einem autonomen Jugendzentrum zurück. Ende Mai 1980 kommt es in der Zürcher Innenstadt zu schweren Kravallen. Bis 1982 gibt es bei zahlreichen weiteren Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten Verletzte; die Sachschäden sind hoch. Die Forderung nach einem Raum für alternative Kultur mischt sich mit Verdross an der gesellschaftlichen Zementierung in der Schweiz und mit anarchistischer Staatsfeindlichkeit – die sich im Leitspruch «Macht aus dem Staat Gucken!» zeigt. Heute wird die Rote Fabrik, ein alternatives Zürcher Kulturzentrum, staatlich subventioniert.

Bewegung in Bern

Das «Freie Land Zaffaraya», ein Zelt- und Wagendorf, wird 1987 von der Berner Polizei geräumt. In der Folge kommt es in der Stadt zu Unruhen. Die Jugendlichen besetzen die Reithalle beim



Feier in der Berner Reithalle, 2010.

Bahnhof, auch Reitschule genannt. Die Stadtbehörden tolerieren schliesslich den alternativen Kultur- und Veranstaltungsort und renovieren ihn. Mehrere Volksinitiativen zur Schliessung der Reithalle scheitern.

Street Parade

Die Zürcher Technoparty, erstmals 1992 durchgeführt als «Demonstration für Liebe, Frieden, Freiheit, Grosszügigkeit und Toleranz», wird 1994 vom Zürcher Polizeivorstand Robert Neukomm (sp.) verboten. Es kommt in Zürich zu Demonstrationen für die Veranstaltung, der Zürcher Stadtrat gibt seinen Widerstand schliesslich auf. Heute zieht die Street Parade Hunderttausende Besucher aus dem In- und Ausland an.

Reclaim the Streets

Die Bewegung zur Aneignung des öffentlichen Raums ist globalisierungskritisch und führt Strassenpartys und Velofahrten in Städten durch. In Zürich kommt es im Februar 2010 nach einer Strassenparty zu Ausschreitungen mit Verwüstungen. Aus Spanien schwappt der Brauch der Botellons in die Schweiz über: Tausende Jugendliche treffen sich auf öffentlichen Plätzen zum gemeinsamen Konsum alkoholischer Getränke. Die Mobilisierung findet über das Internet statt. Nach einem Massenbesäufnis mit rund 2000 Teilnehmern bleiben im August 2008 auf einer Wiese am Zürichsee rund sechs Tonnen Abfall zurück. Die Veranstalter werden in den Medien scharf kritisiert. (be.)



Demo von Jugendlichen, Zürich 2010.